

den. Bishop, der mit durch den Schlamm gewatet war: „Im monotonen Insel-Terrain und in der Dunkelheit war es aber nur zu leicht, die Übersicht zu verlieren.“

Auch solche Einzelheiten fielen prompt den Zensurstiften zum Opfer. Die Begründung, die Bishop erteilt wurde: „Das wäre schlecht für die Moral in Großbritannien.“

Untersagt wurde den Reportern auch, von bizarren Videofilm-Vorführungen an Bord der Landungsschiffe zu berichten. „Guardian“-Parry, der an Bord der 15 000 Tonnen großen „Fearless“ eine solche Vorführung erlebte: „Auf Monitoren konnte man Szenen der Zerstörung und von Kämpfen sehen, abgespult

just während der Vorführung von argentinischen „Skyhawks“ bombardiert wurde. 50 Soldaten kamen bei der Explosion im Rumpf des Schiffes um.

Dabei lag die „Sir Galahad“, wie die Korrespondenten nun berichten, bereits sechs Stunden vor Anker – und zwar nicht, wie das Londoner Verteidigungsministerium behauptet hatte, unter einer tiefliegenden Wolkendecke, sondern bei Sonnenschein unter den Augen eines argentinischen Beobachtungspostens auf den Hügeln oberhalb der Bucht.

„Ein paar Sachen liefen schief“, kommentierte ein Sprecher des Nott-Ministeriums vorige Woche eisig, „es wurden Fehler gemacht.“ Gleich drei Untersu-



Argentinische Gefallene, Kameraden: „Erschießt die Bastarde“

mit heroischen Musikstücken im Hintergrund.“

Die Filme, von Royal-Navy-Kameraleuten aufgenommen, zeigten jeweils das jüngste Schlachtgetümmel, so etwa den von Bomben beschädigten Zerstörer „Plymouth“. „Ein wunderschöner Film in Farbe zeigte, wie das qualmende Kriegsschiff auf einen tollen Sonnenuntergang am Horizont zusegelte“, schrieb Parry nach seiner Heimkehr im „Guardian“, „unterlegt mit Musik aus der ‚Planetensuite‘.“

Dieser Film, der die Gewalt um die in den Schiffsbäuchen zusammengepferchten Soldaten ästhetisierte, spielte auch eine Schlüsselrolle bei der schlimmsten Briten-Katastrophe in der Falkland-Schlacht.

400 Mann der walisischen Garden beobachteten den Videostreifen an Bord des Landungsschiffes „Sir Galahad“, das

chungsausschüsse werden demnächst versuchen, die politischen und militärischen Hintergründe der Falkland-Strafexpedition auszuleuchten. Doch 1800 Verlierer scheinen jetzt schon festzustehen: die befreiten Falkland-Inseln.

Von ihnen berichteten die Korrespondenten, nunmehr unzensuriert, sie seien „nicht gerade besonders froh, uns hier zu sehen“, so „Guardian“-Reporter Parry.

McGowan empfand bei den Einheimischen „wenig Euphorie über den Sieg, das Willkommen wurde immer dünner“, unter anderem, weil die Preise in Port Stanley stiegen und „bedauerlicherweise“, so McGowan, „einige Häuser geplündert“ worden seien.

Das Fazit eines Falkländers: „Erst kamen diese verdammten Argies und jetzt ihr. Warum laßt ihr uns nicht in Frieden?“

FRAUEN

Tanz auf dem Grab

Der Versuch, die Gleichberechtigung der Frauen in die US-Verfassung aufzunehmen, ist fehlgeschlagen. Enttäuschte Amerikanerinnen wollen sich bei den Wahlen im November rächen.

Im Ballsaal des Washingtoner Shoreham-Hotels gab Amerikas Rechte eine rauschende Party. Ein in den Landesfarben Rot-Weiß-Blau kostümierter Chorsang patriotische Weisen, 1400 Gäste gelobten dem Sternenbanner feierlich ewige Treue.

Anlaß der Fete war eine Beerdigung. „Wir sind hier zusammengekommen“, ließ sich John Lofton, Chefredakteur des „Conservative Digest“, vernehmen, „um einen Tod zu feiern und auf einem Grab zu tanzen.“

Was da, am Mittwoch vorletzter Woche, vorerst begraben wurde, war die Aussicht, die Gleichberechtigung der amerikanischen Frauen durch einen Zusatz in der US-Verfassung zu verankern.

Vor zehn Jahren hatte der Kongreß das Equal Rights Amendment (ERA) gebilligt; eine große Mehrheit der Bevölkerung hatte sich hinter die Forderung gestellt; die für eine Änderung der Verfassung erforderliche Zustimmung von Dreiviertel aller 50 Bundesstaaten aber kam in der bereits von sieben auf zehn Jahre verlängerten Frist nicht zustande.

Anstelle der notwendigen 38 Staaten hatten sich bis zum 30. Juni nur 35 bereit gefunden, einen für eine moderne Verfassung eigentlich selbstverständlichen Satz zu ratifizieren: „Rechtsgleichheit vor dem Gesetz soll aus Gründen des Geschlechts weder von den Vereinigten Staaten noch von irgendeinem Bundesstaat verweigert oder geschmälert werden.“

Da hatte John Lofton gut jubeln. „Ihr habt ERA das angetan“, beglückwünschte er die versammelten Gleichheitsgegner, „was Begin gerade mit der PLO macht.“

Zerschlagen ist damit „für den Rest dieses Jahrhunderts“ (so die militante ERA-Gegnerin Phyllis Schlafly) die Chance, mit einem Verfassungsparagraphen die Gleichberechtigung der Frau bundesweit zu erzwingen. Denn bislang hat jeder Bundesstaat seine eigenen Bestimmungen, wie es um die Rechte der Frauen bestellt sein soll.

So stehen sich die Frauen im vergleichsweise fortschrittlichen Wisconsin in bezug auf Ehe- und Besitzrecht, Kredit- und Erbschaftsgesetz besser als im rückschrittlichen Louisiana, wo noch bis vor kurzem der Ehemann nach Gutdünken über den Besitz der Ehefrau verfügen durfte.



Chicago Sun-Times

„Wie fühlt man sich, wenn man mit einem Menschen zweiter Klasse zusammenlebt?“

Weiterhin bleiben Amerikanerinnen darauf angewiesen, ihre Rechte in langwierigen Prozessen durchzusetzen. Doch die Hilfe, die ihnen das Diskriminierungsverbot der Bürgerrechtsgesetze von 1964 und die staatsbürgerlichen Schutzbestimmungen des 14. Verfassungszusatzes bieten, bleiben unzureichend, solange der Oberste Gerichtshof in Ermangelung klarer gesetzlicher Normen von Fall zu Fall und häufig auch widersprüchlich entscheidet.

„Ohne eine größere Änderung der gesetzlichen Grundlagen, wie zum Beispiel ERA“, klagt deshalb Donna Lenthoff vom Washingtoner Women's Legal Defense Fund, „werden wir kaum einen weiteren Fortschritt erzielen können.“ Amerikas Frauen werden daher wie schon seit Jahrzehnten oft nur 60 Prozent des Gehalts von Männern in gleichen Positionen beziehen.

Daß sich die Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht in der Verfassung verankern ließ, ist zu einem guten Teil einer – erfolgreichen – Frau zu verdanken. Gestützt und finanziert von schlagkräftigen, extrem rechten Organisationen und Kirchen, gelang es Phyllis Schlafly, 41, die Ängste des konservativen Middle America zu mobilisieren.

Von Feministinnen anfangs verlacht, griff sie tief in die Trickkiste billiger Schauermärchen: ERA, so predigte Schlafly, könne die Zwangsrekrutierung von Frauen für den Kriegsdienst zur Folge haben, mache Ehen unter Homosexuellen möglich und führe schnurstracks zur Einheitstoilette und zum Ende der Kleinfamilie.

Daß mittlerweile nur noch in 28 Prozent aller US-Haushalte Daddy das Geld nach Hause bringt und Mom sich aus-

schließlich um Gatten und Nachwuchs kümmert, konnte die ERA-Gegner nicht erschüttern. Schlafly, so das US-Magazin „Time“, „verteidigte nicht nur die Familie, sie verteidigte auch den amerikanischen Traum, und ihre Anhänger konnten – für den Augenblick – triumphieren, weil Träume nur schwer sterben“.

Nach ihrem Erfolg will sich Schlafly jetzt anderen Herzensanliegen der „Neuen Rechten“ zuwenden. Sie plant Kampagnen gegen Sexualerziehung an den Schulen („Sexualkundeunterricht ist der Hauptgrund für Teenager-Schwangerschaften“) und gegen ein Einfrieren des amerikanischen Nuklearpotentials: „Die Atombombe ist ein wunderbares Geschenk, das ein weiser Gott unserem Land gegeben hat.“

ERA-Anhänger verweisen auch auf andere Gegner, wenn sie ihre Niederlage begründen. Eleanor Smeal, Präsidentin

der National Organization for Women (NOW), macht vor allem die „unsichtbare Geschäfts-Lobby“ für die Frauen-Schlappe verantwortlich. Hauptgegner seien insbesondere Versicherungsgruppen, die um die höheren Krankenversicherungsbeiträge der Frauen bangten.

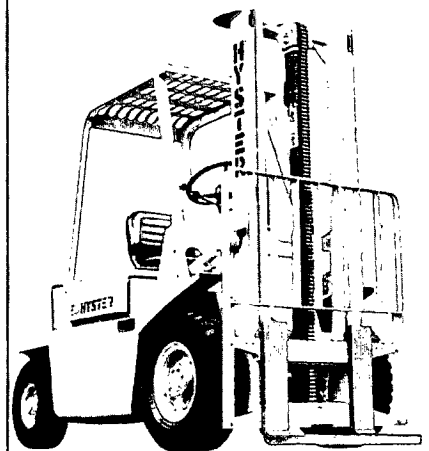
Doch die ERA-Verfechter schwören Rache. „Verliert nicht euren Kopf, schlägt zurück: Wählt“, war auf Plakaten zu lesen, die Frauen am Tag ihrer Niederlage bei einer Demonstration vor dem Weißen Haus mit sich trugen. Zugleich kursierten Listen mit den Namen jener Parlamentarier, die mit einem Nein in ihrem Bundesstaat die Annahme des 27. Verfassungszusatzes verhindert hatten. „Jedermann soll diese Namen kennen“, drohten die Damen im Hinblick auf die im November fälligen Wahlen.

Drei Millionen Dollar will NOW einsetzen, um am Wahltag den Erfolg frauenfeindlicher Kandidaten zu verhindern. Die Angriffe der Organisation richten sich vor allem auf Reagans Republikanische Partei, die sich in ihrem letzten Wahlprogramm gegen ERA ausgesprochen hatte. „Die Grand Old Party“, so Eleanor Smeal, „hat ein großes, altes Problem: Frauen.“

Das gleiche Problem hat auch der Präsident. 52 Prozent der Frauen (aber nur 37 Prozent der Männer), ermittelte die Fernsehgesellschaft NBC, sind gegen eine Wiederwahl Reagans. „Politiker, die sich gegen Frauenrechte stellen, werden sich lächerlich machen“, kündigt ERA-Befürworterin Liz Carpenter an.

Am Mittwoch dieser Woche schon werden Kongreßmitglieder in Washington einen neuen Ratifizierungsprozeß

HYSTER DENKT WEITER



Challenger XL-Stapler 2-3-Tonner von Hyster

Bei unseren Gabelstaplern sind erstklassige Qualität und modernste Technologie Standard. Die Anschaffungs- und Betriebskosten halten jedem Vergleich stand. Zuverlässigkeit, Fahrtüchtigkeit, Wartungsfreundlichkeit und geringer Kraftstoffverbrauch sind für uns selbstverständlich.

Hinzu kommt die einfache und logische Bedienung unserer 2-3-Tonner. Die ausgefeilte Technik – vor allem automatisches Getriebe und Servolenkung – garantiert besonders leichte Bedienbarkeit und ermüdungsfreies Arbeiten. Personelle Standzeiten entfallen. Der Hyster-Challenger-XL-Stapler scheut keinen Vergleich. Fordern Sie ausführliche Unterlagen an.

Ggte

gte Gesellschaft für Transport- und Erdbewegungsmaschinen mbH
Winkelsweg 179, 4018 Langenfeld
Tel: 02173 17035



einleiten. Die Hoffnung, daß es diesmal klappt, nährt sich auch aus der Geschichte: Der Kampf um das Frauenstimmrecht in den USA hat ein dreiviertel Jahrhundert gedauert. Die Hoffnung auf einen Gleichberechtigungszusatz zur Verfassung ist dagegen erst 59 Jahre alt.

SOWJET-UNION

Miese Sache

Moskau verringerte die Zahl der Telefonleitungen ins westliche Ausland. Aus Angst vor zuviel Kontakt?

Als Österreichs Bundespräsident Ende Mai Moskau besuchte, gab es nicht nur wohlklingende Worte zu Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern. Rudolf Kirchschläger sprach bei seinem Treffen mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko auch ein Schreiben an, das kurz vor seiner Abreise im Wiener Postministerium eingetroffen war. Absender: das Moskauer Ministerium für Kommunikation.

Ab 1. Juli, so hatten die Russen die Wiener beschieden, würden sie die Zahl der Telefonleitungen Richtung Österreich von 24 auf 4 kürzen.

Kirchschlägers Versuch, seine Gastgeber von ihrem Vorhaben abzubringen, war erfolglos. Im Gegenteil: Nach und nach trafen mittlerweile auch in anderen westlichen Hauptstädten ähnliche Botschaften aus der Sowjet-Metropole ein.

Das Bonner Postministerium etwa erfuhr von den kommunistischen Kollegen, für den automatischen und handvermittelten Telefonverkehr würden künftig statt 42 Linien nur noch 16 geschaltet. Die Briten haben nun nicht mehr 42, sondern 14, die USA verfügen fortan über 15 Verbindungen (vorher 23).

Folge: Kontakte von hüben nach drüben und umgekehrt werden erheblich erschwert. Geschäftsleute, Diplomaten und Korrespondenten müssen vermutlich stundenlang auf eine freie Leitung warten. Betroffen vor allem aber sind Personen, die nicht, wie die Westler, auf Fernschreiber zurückgreifen können – Russen mit Freunden und Verwandten im Kapitalismus.

Ihren Streich rechtfertigten die Genossen allenthalben mit „technischen Gründen“. Bis Ende 1984, so versicherten sie, könnten alle abgeschalteten Kabel wieder genutzt werden.

So recht mag ihnen das allerdings niemand glauben. Denn mit den erst zu den Olympischen Spielen 1980 erweiterten Kommunikationsmöglichkeiten gab es bislang kaum Schwierigkeiten. Mißtrauisch stimmt westliche Experten auch, daß die Sowjet-Postler keine konkreten Informationen über die Ursachen preisgaben.

Schlüssiger scheint, daß die Sowjets aus Sorge um die innere Sicherheit die Kabel kappten. Offensichtlich meint die

KPdSU, per Telefon gelange zuviel schädliches westliches Gedankengut in die UdSSR.

Erst jüngst klagte in Riga der lettische Parteichef Awgust Woss auf einer Konferenz von Spitzenfunktionären aus dem ganzen Reich über den wachsenden Einfluß von Emigrantengruppen auf die Bürger seiner Republik.

Zudem, vermuten Diplomaten in Moskau, war das Komitee für Staatssicherheit (KGB) an der Entscheidung beteiligt. „Die Geheimdienstler“, so ein West-Vertreter, „sind wohl mit dem Abhören der Gespräche nicht mehr nachgekommen.“

Fest steht jedenfalls: Der Schritt der Russen verstößt gegen die von ihnen unterzeichnete Schlußakte der KSZE-

ten zu telefonieren – vorausgesetzt, er besaß die westliche Vorwahlnummer, die im Telefonbuch oder über die Auskunft (8190) nicht zu erfahren ist. Durchschnittliche Wartezeit auf ein handvermitteltes Gespräch aus Moskau in die Bundesrepublik: zwei bis drei Stunden, aus Riga: drei bis vier Tage. In zahlreichen Moskauer Bezirken war es in letzter Zeit möglich, direkt durchzuwählen und in Sekundenschnelle die Verbindung herzustellen.

Nach dem Moskauer Kabel-Dekret dürfte dies nun Vergangenheit sein. Bürger, die in der Umgebung der Hauptstadt auf dem Postamt ein Gespräch bestellen wollten, wurden mit dem Hinweis fortgeschickt, sie sollten es doch in zehn Tagen wieder versuchen. Auf ei-



Telephonzellen in Moskau: Kam der Geheimdienst mit dem Abhören nicht nach?

Konferenz in Helsinki, in der sich die Staaten verpflichteten, die Kontakte über die Grenzen hinweg zu fördern. Die Geschäftsträger einiger westlicher Botschaften, darunter der Bonner Mission, sprachen denn auch im Moskauer Außenministerium vor. Ein westdeutscher Diplomat: „Das ist eine ganz miese Sache.“

Der Versuch der Genossen, Verbindungen nach Westen zu behindern, ist indes nicht neu. So verdoppelte das Postministerium vor zwei Jahren zur Abschreckung die Gebühren für Auslandsgespräche. Eine Minute West-Kontakt kostet seitdem drei Rubel (knapp zehn Mark).

Die Maßnahme scheint jedoch nicht wie gewünscht gegriffen zu haben: Russen lassen sich in der Regel von Bekannten aus dem Westen anrufen.

Wer es sich dennoch leisten konnte, hatte bislang keine großen Schwierigkei-

ten. In Moskau gelang es trotz stundenlanger Tests nicht, in die Sowjet-Union durchzukommen. In Wien gab es am Stichtag ebenfalls lange Wartezeiten.

In Moskau hingegen war die Lage bis zum Ende voriger Woche völlig normal: Sowohl Ausländer als auch Russen konnten wie eh und je telefonieren und angerufen werden, die Wartezeiten für handvermittelte Gespräche war nicht länger als gewöhnlich.

Daß die Russen die Zahl der Verbindungen mit der Hauptstadt nicht sofort verminderten, hat womöglich guten Grund. Die sowjetischen Fernmelde-techniker, so vermuten Experten der Bundespost, werden die Linien nicht brach liegen lassen, sondern künftig für den internen Betrieb nutzen. Dazu seien zeitaufwendige Umschaltungen nötig.

Trost für die Sowjetbürger: Dann werden wenigstens die Inland-Telephonate schneller vermittelt.